

Aus dem Hessischen Landtag

30.06.2017

Eva Goldbach MdL

Ländlicher Raum, Kommunales, Petitionen

Lacher der Woche

Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) zu der seiner Meinung nach parteitaktischen Argumentation der SPD-Opposition in der der Debatte um Kommunal Finanzen:

"Wenn es gerade nicht so gut läuft, dann war es die Regierung. Wenn es gerade gut läuft, dann hat die Regierung nichts damit zu tun, dann war es die SPD vor 30 Jahren."

Zum Beginn der Sommerferien wünsche ich allen Hessinnen und Hessen eine schöne Sommerzeit und einen erholsamen Urlaub!



Ehe für alle

Nach jahrzehntelanger Debatte hat der Bundestag am Vormittag des 30. Juni die Gleichstellung homosexueller Paare bei der Ehe beschlossen. Für die Gesetzesvorlage stimmten 393 Abgeordnete bei 226 Gegenstimmen und vier Enthaltungen.

Wir freuen uns sehr, dass heute ein Vierteljahrhundert Kampf um die vollständige rechtliche Gleichstellung aller Paare auch in diesem



Land ein gutes Ende genommen hat. Es zieht sich eine lange Linie von dem Moment, in

dem homosexuelle Menschen ihre Gesichter zeigten und sich selbstbewusst und kämpferisch für ihre Rechte eingesetzt haben, über die ‚Aktion Standesamt‘ am 19. August 1992, als 250 lesbische und schwule Paare das Aufgebot bestellten und abgewiesen wurden, bis zum heutigen Tag, als die echte Gleichstellung endlich beschlossen wurde. Es ist zuallererst dieser Bewegung zu verdanken, dass wir im Jahr 2017 endlich auch in Deutschland soweit sind. Endlich gilt, was das Grundgesetz seit Gründung der Bundesrepublik verspricht: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Kommunalfinanzen

Den meisten hessischen Landkreisen, Städten und Gemeinden ist es 2016 gelungen, ihren Haushalt auszugleichen. Der Finanzierungssaldo der Kommunen lag mit über 300 Millionen Euro im Plus. Im Vergleich dazu wiesen die hessischen Kommunen im Jahr 2010 noch ein Defizit von über 2,2 Milliarden Euro aus. Auch die 100 Schuttschirmkommunen konnten 2016 in Summe einen positiven Finanzierungssaldo von 140 Millionen Euro erzielen, also insgesamt mehr einnehmen als ausgeben.



Unsere hessischen Kommunen entwickeln sich gut. Das liegt an

• einer guten wirtschaftlichen Situation,

• an engagierten KommunalpolitikerInnen,

• und an den Regierungsfractionen, die gute Rahmenbedingungen schaffen und für eine gute finanzielle Ausstattung sorgen. Auf Augenhöhe, partnerschaftlich und in engem Austausch mit den Kommunen.

Um die Verschuldung der hessischen Kommunen weiter abzubauen, wird die Landesregierung im nächsten Schritt einvernehmlich mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Programm zum Abbau der Kassenkredite umsetzen.

[Eva Goldbachs Redebeitrag in der Landtagsdebatte zu kommunalen Finanzen können Sie auf der Website des hessischen Rundfunks ansehen und -hören.](#)

Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Die von Bundestag und Bundesrat beschlossene Einigung ist ein großes Werk mit einem guten Ergebnis für Hessen. Dafür mussten alle Seiten schwierige aber für eine Lösung notwendige Kompromisse eingehen.



Durch die Reform erhalten alle Bundesländer eine solide finanzielle Basis. Die Solidarität zwischen den Ländern bleibt erhalten und Länder in besonderen Situationen werden weiter zusätzlich unterstützt. Außerdem wird die Unwucht zwischen Geber- und Nehmerländern korrigiert. Der Verteilungsmethode zwischen den Ländern wurde geändert. Der Ausgleich erfolgt zukünftig direkt bei der Aufteilung der Umsatzsteuer auf die einzelnen Länder. Die Bedeutung des Solidarprinzips zwischen den Ländern zeigt sich beispielsweise am Bundesland Bayern, das sich vom Nehmer- zum Geberland sehr positiv entwickelt hat.

Im Ergebnis profitiert Hessen ab dem Jahr 2020 mit rund 580 Millionen Euro brutto von dem Modell. Wie viel letztlich netto übrigbleiben wird, hängt maßgeblich von weiteren Reformen ab, die derzeit zwischen dem Bund und den Ländern verhandelt werden. Im Gegenzug zu den fast 10 Milliarden Euro, die der Bund zusätzlich für die Finanzbeziehungen aufwendet, erhält der Bund mehr Kontroll-, Steuerungs- und Prüfrechte – etwa in der Steuerverwaltung oder bei Investitionen in Schulen. Zum Paket gehört auch die Infrastrukturgesellschaft, mit der sich der Bund künftig selbst um Bau, Planung und Betrieb der Autobahnen kümmern will.

[Hintergrundwissen zum Finanzausgleich finden Sie hier](#)

Beamtenbesoldung

Beschlossene Sache: Die Beamtinnen und Beamten sowie die Angestellten des Landes können sich über eine Gehaltserhöhung, Arbeitszeitverkürzung sowie ein kostenloses Jobticket freuen. Bundesweit einmalig ist das neue Jobticket. Das Jobticket ist kostenlos, und gilt hessenweit zu jeder Zeit und für jede Strecke in Hessen. Kinder fahren den ganzen Tag und ein Partner wochentags nach 19 Uhr sowie am gesamten Wochenende kostenlos mit. Die Versteuerung des geldwerten Vorteils hat das Land übernommen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes erhalten ab dem 1. Juli 2017 zwei Prozent mehr Lohn, mindestens aber 75 Euro. Im kommenden Jahr werden die Löhne und Gehälter zum 1. Februar um 2,2 Prozent erhöht. Anwärterinnen und Anwärter bekommen ab 1. Juli 2017 und zum 1. Februar 2018 jeweils 35 Euro zusätzlich. Außerdem tritt zum 1. August 2017 eine Reduzierung der Arbeitszeit von 42 auf 41 Stunden in Kraft bei Weiterführung des Lebensarbeitszeitkontos. Auf letzterem wird künftig die 41. Stunde gutgeschrieben, womit wir faktisch wieder eine 40 Stundenwoche haben.



„Digitale Stadt“ Darmstadt

Ziele einer ökologischen und einer digitalisierten Stadtentwicklung kommen beispielhaft zusammen

Am 12. Juni 2017 hat die Wissenschaftsstadt Darmstadt den bundesweit ausgelobten Wettbewerb des Branchenverbands Bitkom und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes „Digitale Stadt“ gewonnen. Darmstadt hat sich gegen fünf starke Konkurrentinnen durchgesetzt.



In Darmstadt hat sich ein breites Bündnis aus Politik, Digitalunternehmen, Wirtschaftsverbänden und der Wissenschaft zusammengefunden, das gemeinsam die Digitalisierung gestalten will. Um den Alltag einer wachsenden Stadt mit knappen Flächenressourcen und hoher Verkehrsdichte besser zu organisieren, wird die Stadt künftig noch stärker auf digitale Techniken setzen. Hier kommen die Ziele einer ökologischen und einer digitalisierten Stadtentwicklung beispielhaft zusammen.

Das Land Hessen hat die Bewerbung Darmstadts tatkräftig unterstützt, denn die Digitalisierung ist für die Landesregierung eine der zentralen Zukunftsaufgaben. Bis zu fünf Millionen Euro Landesförderung und die gleiche Summe an EFRE-Mitteln werden bereitstehen, um Darmstadt auf seinem Weg zu unterstützen.

[Mehr Infos hier](#)

Hessen für Klimaschutz

Die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, aus dem Klimaschutzabkommen von Paris auszusteigen, ist unverantwortlich gegenüber den kommenden Generationen.

Hessen ist eines von sechs deutschen Bundesländern, die das [Global Climate Leadership Memorandum of Understanding \(Under2MOU\)](#)

unterzeichnet haben, ein Klimabündnis der Regionen, dem auch 18 Bundesstaaten und Städte der USA angehören. Kalifornien und Baden-Württemberg haben es initiiert, mittlerweile gehören ihm 176 Partner aus 36 Ländern an. Diese Städte, Regionen und Bundesstaaten werden von vielen Unternehmen, die ihren Kurs Richtung Klimaschutz ausgerichtet haben, unterstützt.



Hessen setzt auf den Austausch mit Unternehmen, Institutionen und Wissenschaft und trifft konkrete Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe. Diese sind im [Integrierten Klimaschutzplan](#) zusammengefasst. Hessen berichtet regelmäßig über die Fortschritte an die unabhängige Climate Group.

Verantwortungsvoller Umgang mit Wildtieren



Mit den Herausforderungen, die Kormoran- und Waschbärbestände in Hessen verursachen, muss sachgerecht umgegangen werden. Es gibt in Hessen für den Waschbären keine Einschränkung in der Jagdzeit. Lediglich für die Zeit der Jungtieraufzucht hat die Hessische Landesregierung eine Schonzeit vom ersten März bis 31. Juli erlassen, um Rechtssicherheit nach dem [Bundesjagdgesetz](#) zu schaffen. Unabhängig von der Schonzeit können Waschbären in urbanen Räumen und besonders im Wohnbereich schon lange bekämpft werden. Ein umfangreiches Konzept mit verschiedenen Handlungsmöglichkeiten soll in der Zukunft den Umgang mit Waschbären bundeseinheitlich regeln.

Beim Kormoran gibt es seit Jahren weitgehend konstante Bestände, die laut Expertinnen und Experten nicht übermäßig groß sind. Die vorhandenen Tiere verursachen nicht überall Probleme. Es gibt einige wenige ‚Problemgewässer‘, für die Lösungen gefunden werden müssen. Daran arbeitet die Staatliche Vogelschutzwarte gemeinsam mit den von Schäden Betroffenen.

[Die hessische Jagdverordnung finden Sie hier](#)

KURZ NOTIERT:

EVA GOLDBACH AUF GROSSPLAKATEN



Der Bundestagswahlkampf im Kreis Gießen soll auch auf die heimische Grünen-Bundestagskandidatin Eva Goldbach fokussiert sein, wobei es Großplakate geben wird. Personifizierung ist bei den Bündnisgrünen traditionell nicht selbstverständlich. Dafür wurden bereits bei der Bundesdelegiertenversammlung Aufnahmen mit Bundesvorsitzenden Cem Özdemir gemacht.

[Lesen Sie weiter im Gießener Anzeiger](#)

DANK AN JO DREISEITEL



Wir bedauern, dass der Bevollmächtigte der Landesregierung für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Jo Dreiseitel, auf ärztlichen Rat hin der Landesregierung nicht über das Erreichen der Pensionsgrenze im September hinaus zur Verfügung stehen kann. Wir danken ihm herzlich für das, was er für die erfolgreiche Weiterentwicklung der hessischen Integrations- und Antidiskriminierungspolitik in den vergangenen Jahren geleistet hat.

Jo Dreiseitels Arbeit hinterlässt dauerhafte Spuren, von denen Hessen auch in Zukunft profitieren wird. Durch ihn hat Hessen endlich eine

Antidiskriminierungsstelle bekommen, die Menschen im Kampf gegen Benachteiligungen unterstützt. Er hat das Landesprogramm WIR zur Unterstützung der Integrationsarbeit der Kommunen mit neuem Leben erfüllt. Die beiden bundesweit beispielhaften Aktionspläne zur Integration von Flüchtlingen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit einem Finanzvolumen von fast drei Milliarden Euro tragen maßgeblich auch seine Handschrift. Zuletzt hat Jo Dreiseitel den Aktionsplan Akzeptanz und Vielfalt der Landesregierung vorgestellt. Der Aktionsplan enthält zahlreiche konkrete Maßnahmen, die die Akzeptanz der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen fördern, Respekt vor der Unterschiedlichkeit vermitteln und bestehende Diskriminierungen abbauen.

Neuer Staatssekretär wird Kai Klose, der bisher Mitglied der GRÜNEN Landtagsfraktion war. Wir wünschen ihm für seine neuen Aufgaben viel Glück und erfolgreiches Arbeiten.

KINDERRECHTSBEAUFTRAGTE



Die Diplom-Pädagogin Dr. Katharina Gerarts ist zur Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Kinder- und Jugendrechte berufen worden. Sie wird zentrale Ansprechpartnerin für alle Kinder und Jugendlichen in Hessen rund um das Thema Kinderrechte sein. Damit wird ein weiterer Teil der UN-Kinderrechtskonvention in Hessen umgesetzt. Die Beauftragte wird außerdem gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen die hessische Kinderrechtecharta erarbeiten, in der deren Rechte und Ansprüche an die Landespolitik formuliert sein werden.

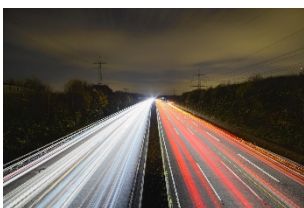
Die [UN-Kinderrechtskonvention](#) wurde am 20.11.1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen. Sie zählt zu den am meisten unterzeichneten Menschenrechtsverträgen. Sie legt unter anderem fest, dass bei allen Maßnahmen, die öffentliche oder private Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichte, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen treffen, das Wohl der Kinder vorrangig zu berücksichtigen ist.

SÜDLINK STROMTRASSE



Der Verlauf der Stromtrasse Südlink muss anhand fachlicher Kriterien festgelegt werden. Die hessischen GRÜNEN haben sich bei der Bundesregierung für mehr Transparenz über die Planungen eingesetzt und so die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht. Außerdem haben wir erfolgreich mehr Erdverkabelung gefordert, damit die Trassen für Siedlungen verträglicher sind. Wir wollen die Energiewende und müssen auch die dafür nötigen Stromtrassen bauen. Wir brauchen den Windstrom aus Norddeutschland, um unseren Energiebedarf zu decken. Wer Atom und Kohle abschalten will, muss für Versorgungssicherheit sorgen.

GELD FÜR A49



Der Bund hat rund 1,1 Milliarden Euro für den Lückenschluss der A49 in Nordhessen freigegeben. Die Planungen der A49 in Nordhessen reichen bis in die Anfänge der 70er Jahre zurück. Jetzt ist die Finanzierung auch für das letzte Teilstück zwischen Schwalmstadt und der Anbindung an die A5 bei Gemünden offenbar gesichert. Knapp die Hälfte der 1,1 Milliarden Euro sind für den Bau des noch fehlenden Autobahn-Teilabschnitts vorgesehen. Der Rest soll die Betriebskosten für die kommenden 30 Jahre abdecken. Somit könnte die Autobahnlücke bis 2025 geschlossen werden. Auch der Abschnitt zwischen Neuental und Schwalmstadt, an dem derzeit gebaut wird, soll bis dahin fertig sein.

WOHNUNGSAUFSICHTSGESETZ



Die Kommunen bekommen die Möglichkeit, per Satzung weiter gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum als Ferienwohnungen vorzugehen. Ein von den hessischen Regierungsfractionen eingebrachtes Gesetz wurde vom Landtag beschlossen. Das Landesgesetz wurde nötig, weil diese Möglichkeit für die Kommunen durch eine Änderung der Bundesgesetzgebung sonst entfallen wäre.

In den Ballungsräumen fehlt bezahlbarer Wohnraum, gleichzeitig werden Wohnungen in Ferienwohnungen umgewandelt.